

ATOMKRAFT

Noch unklar, wie es 2023 weitergeht

Stresstest bestanden: Der Atommeiler in Neckarwestheim soll für Notfälle in der Stromversorgung bis April 2023 verfügbar bleiben. Bleibt's dabei, sehen die beiden Bürgermeister der Standortkommunen Neckarwestheim und Gemmrigheim der Verlängerung gelassen entgegen. Wie diese allerdings genau vonstattengehen soll, ist noch unklar. Umweltschützer prüfen hingegen eine Klage.

NECKARWESTHEIM/GEMMRIGHEIM

VON BRITTA SLUSAR

Dass – neben dem Atommeiler Isar 2 in Niederbayern – Block II des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN II) über das Jahresende hinaus als Notreserve in der Stromversorgung laufen soll, ist seit vorgestern klar. Nur, wie der Weiterbetrieb vonstattengehen könnte, ist offensichtlich noch unklar.

Die Betreiberin des Kernkraftwerks Neckarwestheim, der Karlsruher Energiekonzern EnBW, will sich auf Nachfrage nicht weiter äußern. Mit Verweis auf eine Pressemitteilung könne nur wiederholt werden, dass nun zunächst die Bundesregierung die vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagene Vorgehensweise konkretisieren müsse. Erst dann könne geprüft werden, wie die Betriebsbereitschaft des Kraftwerks über das Jahresende hinaus aufrechterhalten werden könne. „Wir bitten deshalb um Verständnis, dass wir uns zu Ihren Detailfragen derzeit nicht äußern können“, teilt die Pressestelle der EnBW unserer Zeitung mit.

Knapp vier Monate vor dem planmäßigen Aus der drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland sollen laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) Isar 2 und GKN II als Notreserve in der Stromversorgung am Netz bleiben. Der zweite sogenannte Stresstest kommt zum Ergebnis, dass „stundenweise krisenhafte Situationen im Stromsystem“ im bevorstehenden Winter zwar unwahrscheinlich seien, „aktuell aber nicht vollständig ausgeschlossen werden können“, heißt es aus dem Ministerium. Eine pauschale AKW-Laufzeitverlängerung soll es nicht geben.

Wenig überrascht über die Entscheidung zeigt sich Neckarwestheims Bürgermeister Jochen Winkler: „Ich hatte erwartet, dass Neckarwestheim II auch im Januar 2023 in der Stromproduktion in Deutschland noch eine Rolle spielen wird.“ Die Anzeichen hierzu hätten sich in den letzten Wochen verdichtet. Allerdings habe er gedacht, dass GKN II in den



Das Kernkraftwerk von Neckarwestheim: Block II (rechts) soll bis April laufen. Das Wie ist noch nicht geklärt.

Foto: Alfred Drossel

Streckbetrieb geht, räumt Winkler ein. Rein wirtschaftlich gesehen, habe die Laufzeitverlängerung relativ wenig Auswirkungen auf seine Kommune. „Sicherheitstechnisch haben wir weiter eine Anlage vor Ort in Betrieb“, sagt Winkler. „Eine abgeschaltete Anlage birgt natürlich ein geringeres Risiko. Ich kann aber in Neckarwestheim trotzdem ruhig schlafen.“

Ohne Details des Stresstests zu kennen, sei die Entscheidung erwartbar gewesen, erklärt Dr. Jörg Frauhammer, Bürgermeister von Gemmrigheim, auf dessen Gemarkung etwa ein Drittel des Kernkraftwerksgeländes liegt. Frauhammer fügt hinzu, dass er kein Problem damit habe, wenn GKN II bis April 2023 am Laufen gehalten werde – „solange die Menge an radioaktivem Material nicht erhöht wird, sehe ich das relativ gelassen“.

Nachdem die Ergebnisse des Stresstests bekannt gegeben worden sind, kritisieren Bürgerinitiativen und Umweltverbände scharf den geplanten Weiterbetrieb der beiden Atomkraftwerke und warnen vor einer faktischen Abkehr vom Atomausstieg. Haarspaltereien über Begrifflichkeiten wie Laufzeitverlängerung, Streck- oder Reservebetrieb lehnen sie ab. Gefordert wird ein Sofortausstieg.

„Wir haben keine Versorgungslücke, sondern eine nicht hinnehmbare Sicherheitslücke“, betont der BUND und warnt vor einem Aufweichen des Atomausstiegs. Rechtliche Schritte gegen ein Wiederanfahren der AKWs nach dem gesetzlichen Abschalttermin wurden geprüft.

Als „nicht akzeptabel“ bezeichnet das Aktionsbündnis Castor-Widerstand Ne-

ckarwestheim die geplanten Laufzeitverlängerungen. Geplant seien Proteste, „bis die Atomkraftwerke endgültig abgeschaltet sind“. In Neckarwestheim gebe es zudem ein „gravierendes Sicherheitsproblem mit Korrosion an mehr als 350 Rohren in den Dampferzeugern“. Es bestehe die Gefahr, dass Rohre nach einer Rissbildung brechen und Wasserdampf mit hoher Radioaktivität austrete. Dies könne zu einem schweren Störfall, im schlimmsten Fall zum Super-GAU führen.

„Atomkraft ist hochgefährlich, teuer, wirtschaftlicher Nonsens und hinterlässt uns und unseren nachfolgenden Generati-

onen ein ungelöstes Problem mit über Ewigkeiten strahlendem und giftigem Abfall“, ergänzt der Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände fordern die Bundesregierung sowie die jeweiligen Landesregierungen auf, die „unerträgliche Scheindebatte“ um längere Laufzeiten für Atomkraftwerke zu beenden und sich klar zum vereinbarten Atomausstieg zu bekennen. Sie betonen: „Jeder Tag, an dem über den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken geredet wird, ist ein verlorener Tag für die Energie-

► Neue Netzstabilitätsanlage in Marbach spielt in der aktuellen Debatte keine Rolle

Seit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck das Ergebnis des Stresstests bekannt gegeben und erklärt hat, dass die Atommeiler GKN II und Isar 2 vorerst nicht komplett abgeschaltet werden, ist viel von der Netzstabilität die Rede. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann etwa sagte am Dienstag mit Blick auf den Vorschlag seines Parteikollegen Habeck, dass die oberste Priorität im kommenden Winter die Versorgungssicherheit habe, vor allem mit Blick auf die Netzstabilität.

Für die ist auch das neue Kraftwerk zuständig, das der Energiekonzern EnBW aktuell in Marbach baut. Doch die Anlage spielt nach Aussage einer Unternehmenssprecherin keine Rolle bei der Bewertung der Versorgungssicherheit. „Die Anlage in Marbach ist von vornherein nicht dafür

gedacht, gegebenenfalls ausfallende Kraftwerksleistung zu ersetzen. Sie wird ausschließlich in Situationen zum Einsatz kommen, in denen im Übertragungsnetz Betriebsmittel, wie zum Beispiel Transformatoren, Umspannwerke oder Teile des Netzes ausfallen und ein kritischer Zustand im Stromnetz entsteht. In diesem Fall kann das Kraftwerk die Netzstabilität kurzfristig wiederherstellen – daher auch der Name Netzstabilitätsanlage“, so die EnBW auf Anfrage unserer Zeitung.

Auf die Frage, wann das 100-Millionen-Euro-Projekt fertig sein wird, bleibt die Konzernsprecherin vage. Dass der ursprünglich anvisierte Termin Oktober 2022 nicht zu halten ist, steht schon seit Wochen fest. Es heißt weiterhin, dass sich die Fertigstellung „um Monate“ verzögern werde. (fri)

Notreserve: Geteiltes Echo bei den Abgeordneten

Die Ankündigung von Wirtschaftsminister Robert Habeck, das Atomkraftwerk Neckarwestheim II als Notreserve bis April vorzuhalten, findet bei den Bundestagsabgeordneten im Kreis ein unterschiedliches Echo.

KREIS LUDWIGSBURG

VON STEPHAN WOLF

„Das ist ein kluger Vorschlag“, sagt Sandra Detzer. Als Grüne aus Ludwigsburg unterstütze sie diese Entscheidung aus nationaler und regionaler Solidarität, aber auch aus Solidarität mit der Ukraine. „Falls sich im Winter echte Engpässe ankündigen, etwa Stromlieferungen aus dem Ausland ausfallen, kann GKN II einen Beitrag zur Sicherung der

Versorgungslage leisten“, sagt die Grünen-Politikerin.

Sie warnt allerdings davor, GKN II länger als bis April 2023 zu betreiben. Speziell in Neckarwestheim liege ein grundlegender Sicherheitscheck, der gewöhnlich alle zehn Jahre fällig war, aufgrund des geplanten Ausstiegs bereits 13 Jahre zurück. Außerdem werde von erheblichen Schäden an den Heizrohren der Dampferzeuger von GKN II berichtet. „Eine Wiederbeladung des Reaktors mit neuen Brennelementen, wie sie einige bereits fordern, lehne ich deshalb ab. Die Atomkraft ist und bleibt eine Risikotechnologie.“

„Die von Minister Habeck vorgeschlagene Lösung halte ich für einen gangbaren Weg“, sagt auch der Ludwigsburger SPD-Bundestagsabgeordnete Macit Karaahmetoglu. „Einerseits ist klar, dass

Deutschland am grundsätzlichen Atomausstieg festhält und es keine Laufzeitverlängerung geben wird. Das halte ich für richtig“, so der Ditzinger Anwalt weiter. Gleichzeitig habe die sorgfältige Prüfung der Stromversorgung „eben ein kleines Restrisiko für Engpässe“ im kommenden Winter aufgezeigt. Auch wenn die Atomkraft nur einen kleinen Beitrag zur bundesweiten Stromversorgung leiste, sei man mit den zwei Kraftwerken in Notreserve auf einen – als unwahrscheinlich eingeschätzten – Krisenfall besser vorbereitet.“

Kritik von CDU und AfD

„Die Notreserve reicht nicht aus, um uns sicher durch den nächsten Winter zu bringen“, kritisiert Steffen Bilger. „Wir brauchen einen zeitlich befristeten Weiterbetrieb der drei noch lau-

fenden Kernkraftwerke. Alles andere gefährdet die Versorgungssicherheit und lässt die Strompreise weiter durch die Decke schießen“, befürchtet der CDU-Abgeordnete aus Ludwigsburg. Ein Weiterbetrieb von GKN II sei daher für eine begrenzte Zeit unerlässlich.

Fabian Gramling, CDU-Abgeordneter aus Neckar-Zaber, spricht von einem „politischen Stresstest“, bei dem ein „verheerender Kompromiss“ zulasten der Versorgungssicherheit gefunden worden sei. Er plädiert dafür, zur Absicherung der Grundlast die noch bestehenden AKWs „für zwei bis drei Jahre“ am Netz zu halten. So lange könnten neue Brennelemente genutzt werden. „Wir können es uns nicht leisten, die Kernkraftwerke in dieser Krisensituation einfach abzuschalten“, so Gramling.

„Diese Entscheidung ist ein erneuter Beweis dafür, dass Habeck grüne Ideologie über die Interessen Deutschlands stellt“, kritisiert der AfD-Abgeordnete Marc Jongen (Neckar-Zaber). Das Konstrukt der Notreserve bedeute, dass einer Laufzeitverlängerung der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke eine Absage erteilt werde. Hinzu komme, dass ein zeitnahe Hochfahren der Kernkraftwerke in einer echten Notsituation nicht möglich sei.

„Wir brauchen in Deutschland sichere und bezahlbare Energie“, sagt sein Ludwigsburger Kollege Martin Hess. Beides könne durch die Notfallreserve nicht erreicht werden. Er fordert, alle drei noch laufenden AKWs aktiv am Netz zu lassen und zusätzlich die drei AKWs, die letztes Jahr abgeschaltet worden sind, wieder ans Netz zu nehmen.

Moment mal

Hinter(n) der Schweineschule

VON STEPHANIE NAGEL

Was ich neulich auf dem Weg nach Ludwigsburg erblickte, war groß, rund und rosafarben. Auf einem Anhänger, der ein Stück vor mir fuhr, war nichts Geringeres als der Hintern eines Schweins aufgemalt. Darüber gerade noch zu erkennen der Rüssel, den das Tier fröhlich in die Höhe streckte. Zunächst befürchtete ich als wenig Fleisch essender Mensch einen Tiertransport zum Schlachthof, aber nein: Es war der Anhänger einer Schweineschule.

Wozu eine Hundeschule dient, dürfte sich jeder noch vorstellen können. Doch was passiert in einer Schweineschule? Werden dort etwa Hausschweine erzogen? Oder gar Trüffelsucher ausgebildet? Als ich an der Ampel näher an den Anhänger ranfuhr, entdeckte ich einen Link zur Internetseite www.schweineschule.de. Eine Bäuerin aus dem Kreis Schwäbisch Hall möchte damit Kindern die Landwirtschaft wieder näherbringen. Neben Angeboten auf ihrem kleinen Hof gibt es auch den „Pffiffigen Bauernhof auf Rädern“, mit dem sie Schweine direkt zu den Menschen bringt. Ziel ist unter anderem, den Bezug zur Nahrung und deren Herkunft zu fördern.

Zwar esse ich vor allem deshalb kaum Fleisch, weil ich die heutige Haltung und Verarbeitung von Tieren in Massen abstoßend finde. Ob es mir aber nach so viel Kontakt zu individuellen Tieren wie in der Schweineschule – und vor allem dem Anblick des fröhlichen Schweins mit dem dicken Hintern – leichterfallen würde?

STEPHANIE NAGEL
stephanie.nagel@lkz.de

Als die Feuerwehr eintraf, stand die Hütte in Vollbrand. Foto: SDMG/Hemmann

BEILSTEIN

Brand zerstört Waldhütte

Am Montag ist gegen 22 Uhr die Werner-Frank-Hütte im Waldgebiet Bräunersberg bei Beilstein aus bisher ungeklärter Ursache in Vollbrand geraten. Die Anlage bestand aus zwei Gebäuden, in der größeren Hütte befanden sich diverse Geräte zur Holzbearbeitung, unter anderem ein Stromaggregat sowie rund fünf Kubikmeter hochwertige Eichenholzbretter. In der kleineren Hütte befand sich eine Küche für Waldarbeiter. Die Feuerwehr konnte ein Übergreifen auf den Wald verhindern. Durch das Feuer wurden die beiden Hütten komplett zerstört. Den Schaden schätzt die Polizei auf 100.000 Euro. Hinweise nimmt das Polizeirevier Weinsberg unter (07134) 9920 entgegen. (jsw)